

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 8 (1967)

Heft: 2

Artikel: Die internationale kommunistische Bewegung 2 : sozialistischer Internationalismus und russische Vorherrschaft

Autor: Revesz, Laszlo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077031>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die internationale kommunistische Bewegung

②

Sozialistischer Internationalismus und russische Vorherrschaft

Von Laszlo Revesz

Die russische Vorherrschaft in der KPdSU wird unter dem Vorwand des «sozialistischen Internationalismus» verwirklicht, der die Lösung der nationalen Frage in einem Vielnationalitäten-Sowjetstaat darstellt. Der sozialistische Internationalismus ist die Verkörperung der Lehre des dialektischen Materialismus über das Allgemeine und Spezielle. Es ist nur die Einheit vom Allgemeinen und Speziellen, welche die richtige Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft garantiert, heisst es in der Theorie. Sozialistischer Internationalismus und Sowjetpatriotismus bedingen einander gegenseitig, beide haben einen gemeinsamen Klassencharakter und sind von einander nicht zu trennen. «Der Patriotismus der Arbeiterklasse und ihres Vortrupps dient ausschliesslich und vollständig der revolutionären Befreiung der unter dem Joch des Kapitals schmachthenden Werktätigen, zur Er kämpfung

der Macht des Proletariates und zur Festigung der neuen sozialistischen Ordnung, also zum sozialistischen Patriotismus», erklärt die Parteiliteratur. Lenins Worte sind heute genau so aktuell wie seinerzeit:

«Die politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen seines Kampfes können dem Proletariat nicht gleichgültig bleiben, und deshalb kann ihm auch das Schicksal seines Vaterlandes nicht gleichgültig sein. Das Schicksal seines Vaterlandes interessiert es jedoch nur insofern, als es sich auf seinen Klassenkampf auswirkt, nicht aber aus irgendeinem bürgerlichen „Patriotismus“.»

Sozialistischer Internationalismus und Sowjetpatriotismus kommen in der «gegenseitigen Annäherung» der Sowjetvölker zum Ausdruck, die eine «objektive Gesetzmässigkeit» der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft ist. Anlässlich der letzten Volkszählung 1959 belief sich

die sowjetische Bevölkerung auf 208 827 000, davon 114 588 000 Russen und 94 239 000 Nicht-russen. Aber 124 600 000 Sowjetbürger erklärten das Russische als Muttersprache, davon 114 400 000 Russen und 10 200 000 Nicht-russen. Während also im Zeichen der sprachlichen Annäherung nur 188 000 Russen (0,16 Prozent) sich anderen Nationalitäten annäherten, obwohl 16 743 000 (14,62 Prozent) von ihnen ausserhalb der Grenzen der RSFSR lebten, waren 10 200 000 Nicht-russen (10,82 Prozent) sprachlich assimiliert. Ein noch klarerer Beweis für die «Annäherung» der Sowjetvölker wurde von einer ungarischen Autorin geliefert, die von einem Besuch in Kasachstan zurückkehrte (die Kasachen halten sich für «Verwandte» der Ungarn):

Die kommunistische Parteizeitung schrieb vor der Oktoberrevolution 1917, es gebe in Russland 7 Millionen Kasachen; im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts gab es 13 Millionen Kasachen, heute zählt man 2,8 Millionen bzw. mit denen, die ausserhalb der Grenzen von Kasachstan leben, 3,5 Millionen Kasachen (vergleiche: Ersebet Galgoczi: Reise in Kasachstan. Elet es irodalom, Budapest, Nr. 49/1966).

Wie es in der Parteiliteratur offiziell heisst, muss die «Internationalisierung von der KPdSU geleitet und kontrolliert» werden.

Ein weiterer indirekter Beweis dafür, dass in den Parteioorganisationen der Republiken das rein nationale Element, die Einheimischen, des öfteren in den Hintergrund gedrängt wurden und werden, ist die Tatsache, dass die Parteimitgliedschaft sich hauptsächlich auf die Städte und vor allem in die Grossstädte konzentriert, in welchen (besonders in Zentralasien, aber in letzter Zeit auch in den baltischen Republiken) das russische Beamtentum, russische Ingenieure und Techniker usw. viel stärker vertreten sind als auf dem Lande. Andererseits handelt es sich auch um eine durch die wirtschaftliche Entwicklung gerechtfertigte Erscheinung: die Urbanisierung geht in der Sowjetunion mit besonders grossem Tempo vorwärts.

In Usbekistan ist mehr als die Hälfte der gesamten Parteimitgliedschaft in drei Städten konzentriert (Taschkent: 29,89 Prozent, Samarkand: 10,57 Prozent und Andizan: 13,77 Prozent, Total: 54,23 Prozent). Noch grössere Konzentrationen findet man in Aserbeidschan und in Lettland, wo beinahe die Hälfte der gesamten Parteimitgliedschaft der Republik in den Hauptstädten konzentriert ist. Zwei zentrale Bezirke der lettischen Hauptstadt Riga verfügen über beinahe ein Fünftel der gesamten Parteimitgliedschaft in

KPdSU und Nationalitäten

Folgende Tabelle zeigt die nationale Zusammensetzung der KPdSU nach dem Stand vom 1. Juli 1961 und 1. Januar 1965. (Der Prozentsatz zeigt den Anteil der Kommunisten einzelner Nationalitäten zur Gesamtzahl der Parteimitgliedschaft. In Klammern wird der Prozentsatz der Nationalität

zur gesamten Bevölkerung nach der Volkszählung von 1959 angeführt. Da seit 1959 ein beträchtliches Vorrücken des russischen Elementes vor sich ging, zeigt der Prozentsatz der Nationalitäten zur Bevölkerung ein für die Nationalitäten optimales Bild.)

	1961	%	1965	%	
Gesamtzahl der Parteimitgliedschaft	9 626 700	100	11 758 200	100	
Davon:					
Russen	6 116 700	63,53	7 335 200	62,38	(54,87)
Ukrainer	1 412 200	14,66	1 813 400	15,42	(17,70)
Weissrussen	287 000	2,98	386 000	3,28	(3,74)
Usbeken	142 700	1,48	193 600	1,64	(2,87)
Kasachen	149 200	1,54	181 300	1,54	(1,71)
Georgier	170 400	1,77	194 300	1,65	(1,26)
Aserbeidschaner	106 100	1,10	141 900	1,20	(1,40)
Litauer	42 800	0,44	61 500	0,52	(1,11)
Moldauer	26 700	0,27	40 300	0,34	(1,06)
Letten	33 900	0,35	44 300	0,37	(0,67)
Kirgisen	27 300	0,28	35 000	0,29	(0,46)
Tadschiken	32 700	0,33	41 900	0,35	(0,66)
Armenier	161 200	1,67	187 900	1,59	(1,33)
Turkmenen	27 300	0,28	32 400	0,27	(0,49)
Esten	24 400	0,25	33 900	0,28	(0,46)
Uebrig	886 100	9,03	1 035 300	8,80	(10,22)

dieser kleinen baltischen Republik (Bezirk Kirov: 10 640 Mitglieder, 10,3 Prozent der Gesamtzahl der Parteimitgliedschaft der Republik, und Bezirk Proletar: 8450 Parteimitglieder, 8,3 Prozent der Parteimitglieder in der Republik).

Der Vergleich zwischen der Zahl der Parteimitglieder in den Grossstädten und auf dem Lande erbringt ferner den Beweis dafür, dass das immer wieder betonte und gerühmte Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und dem Bauerntum ziemlich einseitig interpretiert wird, indem das Bauerntum in der Partei einerseits zahlen-

mässig schwach ist, andererseits infolge seiner Verstreutheit weniger Gewicht hat, als es infolge seiner zahlenmässige Stärke haben müsste. Im Jahre 1959, anlässlich der letzten Volkszählung, wohnten in der Sowjetunion 52 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande und nur 48 Prozent in den Städten. Hingegen entfallen allein auf die aufgezählten 29 Städte 2 014 030 Parteimitglieder (16,14 Prozent der gesamten Parteimitgliedschaft in der UdSSR), wobei viele russische Grossstädte, Leningrad, Gorkij, Novosibirsk infolge Mangels an Angaben nicht berücksichtigt werden konnten.

Der Staat im Schatten der Partei

Es heisst in der Einleitung zum Parteistatut u. a.: «Die Partei leitet die grosse Bautätigkeit des Sowjetvolkes, verleiht seinem Kampfe um das Endziel, den Sieg des Kommunismus, einen organisierten, planmässigen, wissenschaftlich begründeten Charakter...»

Die konstitutionelle Untermauerung des Grundsatzes wird in einem Nebensatz des Artikels 126 der Sowjetverfassung gegeben: Die KP ist der leitende Kern aller Organisationen der Werktätigen, der gesellschaftlichen sowie der staatlichen. Die Parteiführung im Staat bedeutet, dass keine wichtige politische oder organisatorische Frage ohne Parteidirektiven entschieden werden darf. In diesem Sinne könne behauptet werden, erklärte Stalin (und dies gilt auch heute), dass die Diktatur des Proletariates praktisch der Diktatur seines Vortrupps, der Partei, gleichkomme. Aufgabe der Partei ist es, Direktiven, Richtlinien für die Tätigkeit der staatlichen Organe zu erlassen, und die Staatsorgane ihrerseits müssen für die Verwirklichung der Parteipolitik kämpfen.

Die Parteiführung im Staat als ein lückenloses System wird im Parteistatut, nicht in irgendeiner Rechtsnorm, folgendermassen verankert:

Artikel 33/b: Der Parteikongress «entscheidet die wichtigsten Fragen des kommunistischen Aufbaus», das heisst er gibt die Richtlinien für die gesetzgeberische Tätigkeit des Parlaments (des Obersten Sowjets).

Artikel 35: Das Zentralkomitee «lenkt die Arbeit der zentralen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen durch die in ihnen bestehenden Parteigruppen». Dies bedeutet: während der Kongress die allgemeine Leitung gibt, erfolgt die «operative» Leitung durch das Zentralkomitee, das alle Zentralbehörden des Staates (Ministerien, Staatskomitees) und alle Zentralorgane der gesellschaftlichen Organisationen unmittelbar leitet und kontrolliert.

Artikel 41: «Die Republik-, Grenzgebiets-, Gebiets-, Kreis-, Stadt- und Bezirksorganisationen der Partei und ihre Komitees... führen im Bereiche der Republik, des Grenzgebiets, des Gebiets, Kreises, der Stadt und des Bezirkes die gesamte Arbeit zur Verwirklichung der Politik der Partei durch...»

Artikel 42/c: Sie (nämlich die angeführten Parteiorganisationen und deren Komitees) leiten «die

Sowjets, die Gewerkschaften, den Komsomol... durch die in ihnen bestehenden Parteigruppen...»

Artikel 59: Die Betriebe, Behörden, Schulen usw. werden durch die in ihnen tätigen Grundorganisationen der Partei kontrolliert (und geleitet).

In jedem staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organ ist ein entsprechendes Parteiorgan zur Leitung und Kontrolle tätig. Diese Parallelität zwischen Partei- und Staatsorganen erstreckt sich auf die territoriale Unterteilung des Staatsgebietes und auf alle Institutionen, Behörden, Organisationen.

Die wichtigsten Organe zur Leitung des Staates sind die Abteilungen in den einzelnen Parteikomitees, deren «Empfehlungen» für die Staatsorgane als Rechtsnormen gelten.

Während es möglich ist, die strukturelle Zusammensetzung des Apparates der meisten republikanischen Zentralkomitees festzustellen, gibt es keine genaue und zuverlässige Mitteilung in bezug auf den Apparat des Unions-Zentralkomitees. Mit annähernder Genauigkeit lässt sich jedoch folgende Struktur feststellen:

1. Abteilung für Ideologie; 2. für Parteiorganisationen; 3. für administrative Organe; 4. für Schwerindustrie; 5. für Maschinenbauindustrie; 6. für Bauwesen; 7. für Verkehr-, Post- und Fernmeldewesen; 8. für chemische Industrie; 9. für Leichtindustrie, Lebensmittelindustrie und Handel; 10. für Landwirtschaft; 11. für auswärtige Angelegenheiten; 12. für den Kontakt mit den kommunistischen und Arbeiterparteien in den sozialistischen Ländern; 13. für den Kontakt mit den kommunistischen und Arbeiterparteien in den nichtsozialistischen Ländern; 14. für Kultur; 15. für Propaganda und Agitation; 16. für Wissenschaft, Hochschulen und Schulen; 17. für Handel, Finanzen und Planungsorgane; 18. für allgemeine Geschäftsführung; 19. für Geheimnachrichten; 20. für politische Hauptverwaltung der Sowjetarmee und Kriegsmarine.

Neben diesen Exekutivorganen des Unions-Zentralkomitees gibt es noch weitere Befehl- und Kontrollorgane, die in der Chruschtschew-Aera, in der die Geheimtueri etwas kleiner war, veröffentlicht werden konnten. Diese «Büros» und «Kommissionen» leiten die entsprechenden Abteilungen, sie geben ihnen die Direktiven und kontrollieren zugleich auch deren Arbeit:

1. Büro für Industrie und Bauwesen; 2. Büro für Landwirtschaft; 3. Büro für chemische und Leichtindustrie; 4. Kommission für die Parteiorgane; 5. Ideologische Kommission; 6. Komitee für Parteikontrolle; 7. Büro für Industrie und Bauwesen in der RSFSR; 8. Büro für die Landwirtschaft in der RSFSR; 9. Büro für Zentralasien; 10. Büro für die Kaukasus-Republiken.

Die territorialen Büros (RSFSR, Zentralasien und Kaukasus-Republiken) wurden nach Chruschtschews Sturz aufgehoben, die übrigen bestehen aber aller Wahrscheinlichkeit nach noch heute.

Diese «Parteiministerien» leiten und kontrollieren die entsprechenden staatlichen Ministerien und Zentralstellen.

Eine mehr oder weniger ähnliche Gliederung beobachtet man auch in den Zentralkomitees der Unionsrepubliken, deren Abteilungen die entsprechenden Ministerien leiten.

Die Parallelität zwischen Partei- und Staats-

Konzentration der Parteimitglieder in den Städten

Stadt	Republik	Einwohnerzahl	% zur Bevölkerung der Rep.	KP-Mitglieder	% zur Gesamtmitgliederzahl	Quellen
Moskau	Union	6 464 000	2,78	750 000	6,01	Prawda, 18. Sept. 1966
Taschkent	Usbekistan	1 127 000	10,65	102 500	29,89	Prawda Wostoka, 5. März 1966
Samarkand	Usbekistan	233 000	2,20	36 250	10,57	Prawda Ukrainy, 16. März 1966
Kiew	Ukraine	1 371 000	3,01	206 700	9,37	Prawda Ukrainy, 16. März 1966
Dnjepropetrowsk	Ukraine	774 000	1,70	171 600	8,08	Prawda Ukrainy, 16. März 1966
Charkow	Ukraine	1 095 000	2,40	167 700	7,89	Kasachstanskaja Prawda, 12. März 1966
Alma-Ata	Kasachstan	636 000	5,24	82 340	17,65	Turkmenskaja iskra, 26. Februar 1966
Karaganda	Kasachstan	482 000	3,97	52 440	11,24	Sarja Wostoka, 4. März 1966
Aschabad	Turkmenistan	230 000	12,01	13 280	22,03	Bakinskij rabotschi, 5. März 1966
Tschardschon	Turkmenistan	82 000	4,28	4 700	7,67	Sowjetskaja Litwa, 5. März 1966
Tiflis	Georgien	823 000	18,09	69 680	26,80	Sowjetskaja Litwija, 4. März 1966
Kutaisi	Georgien	154 000	3,38	11 180	4,30	Sowjetskaja Moldawija, 3. März 1966
Baku	Aserbajdschan	1 164 000	24,97	99 750	47,17	
Kirowabad	Aserbajdschan	166 000	3,56	8 820	4,16	
Wilno	Litauen	305 000	13,47	23 640	22,99	
Kaunas	Litauen	269 000	9,00	9 840	10,47	
Riga	Lettland	666 000	22,30	42 140	44,84	
Liepaja	Lettland	82 000	3,62	5 180	5,03	
Kischinew	Moldau	289 000	8,58	24 960	26,39	
Tiraspol	Moldau	86 000	2,55	7 440	7,86	

Anmerkung: Da die Russische Föderation (RSFSR) keine eigene Parteiorganisation hat, beziehen sich die Vergleichszahlen für Moskau auf das gesamte Unionsgebiet.

Die sowjetische Parteispitze

	Zentralkomitee		Präsidium (Politbüro)		Sekretariat
	Mitglieder	Kandidaten	Mitglieder	Kandidaten	
KP der Sowjetunion	195	165	11	8	11
KP Estlands	112	48	9	3	6
KP Tadschikistans	125	65	10	4	5
KP Kirgisiens	108	48	9	3	5
KP Armeniens	116	60	9	4	5
KP Lettlands	127	66	10	3	5
KP der Ukraine	130	75	11	5	6
KP Turkmenistans	126	39	9	3	5
KP der Moldau	108	48	9	3	5
KP Aserbajdschans	128	76	9	3	5
KP Weissrusslands	108	48	11	3	5
KP Usbekistans	165	70	9	3	5
KP Litauens	142	59	9	4	5
KP Georgiens	124	64	9	5	5
KP Kasachstans	150	75	9	3	5
Total	1964	1006	143	57	83

Quelle: «Prawda», 9. April 1966; ferner die bei «KPdSU 1966» angeführten Quellen.

organen findet man aber nicht nur auf der Ebene von Union und Republiken, sondern auch in den kleineren regionalen Einheiten. Dem Gebiets- (Grenzgebiets-) Sowjet bzw. dem Stadt-, Bezirks- und Kreissowjet entspricht ein ähnliches Parteikomitee, dessen Abteilungen gegenüber jenen der Sowjets die gleiche Rolle innehaben wie die ZK-Abteilungen gegenüber den statlichen Zentralbehörden. Es gibt sowohl in den Parteikomitees als auch in den Sowjets gewisse Unterschiede bei der Struktur des Apparates. Im allgemeinen gibt es aber in den Gebiets- und Grenzgebietskomitees folgende Abteilungen:

1. für Parteiorganisationen; 2. für Industrie und Transport; 3. für Bauwesen und Kommunalwirtschaft; 4. für Agrarproduktion; 5. für Agrarindustrie; 6. für administrative Organe; 7. Ideologische Kommissionen.

Die Struktur der Bezirks- und Stadtkomitees ist selbstverständlich etwas einfacher und zählt weniger Abteilungen.

Die einzelnen Behörden, Betriebe, Kolchosen, Sowchosen, Schulen usw. werden hingegen von den in ihnen tätigen Grundorganisationen der Partei geleitet und kontrolliert. Diese errichten spezielle «Kommissionen zur Kontrolle der Administration», und ihre Empfehlungen haben den gleichen Charakter für die Betriebsleitung wie diejenigen der ZK-Abteilungen für die Ministerien (vergleiche Parteistatut Artikel 58—59).

*

Ein sehr wichtiges Mittel der Parteiführung im Staat ist das Parteimonopol auf die «Kaderpolitik». Das Wesen der Kaderpolitik wurde vielleicht im Beschluss des XIII. Parteikongresses der Tschechoslowakei am klarsten ausgedrückt: «... Die Kader müssen so verteilt werden, dass sie die Parteipolitik wirksam zur Geltung bringen können ... Neben der Einhaltung der politischen Kriterien müssen die Anforderungen bezüglich fachlicher Kenntnisse, Bildung, organisatorische Fähigkeit ... berücksichtigt werden. Die auf den einzelnen Gebieten tätigen Kader, sowie das Niveau ihrer Tätigkeit müssen systematisch geprüft werden ... Aufmerksamkeit muss den Kaderreserven geschenkt werden ...»

Aus diesem und ähnlichen Beschlüssen ist es klar, 1. dass die Kaderarbeit eine planmässige, systematische Parteitätigkeit ist und

2. dass die Kader unter ständiger Parteikontrolle stehen und einer ständigen politischen und fachlichen Bildung unterzogen werden, schliesslich

3. dass das Hauptgewicht der politischen Einstellung zukommt.

Es gibt auf allen Stufen des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Posten, die ausschliesslich von der Partei bekleidet werden dürfen. Sie figurieren auf der sogenannten «Nomenklaturliste». Jedes Parteikomitee — vom Unions-Zentralkomitee bis zum Komitee der Grundorganisation — hat eine eigene Liste von Posten, zu deren Bekleidung nur es selbst befähigt ist. Die Nomenklaturliste enthält die Namen der für die einzelnen Posten vorgesehenen Personen (Parteimitglieder und Parteilose); in der Regel sollten mehrere Personen für jeden Posten vorgesehen werden («Kaderreserven»).

Die Listen werden meistens mehrere Jahre im voraus zusammengestellt, wobei man betont, dass

es sich nicht um ein endgültiges Kaderregister handelt, sondern Korrekturen von Zeit zu Zeit vorgenommen werden können und sollen. Dies bringt eine gewisse Unsicherheit für die Funktionäre in der Partei und im Staat, aber gleichzeitig eine grössere Sicherheit für die oberste Parteiführung: Die Nomenklatur-Funktionäre müssen sich von oben immer abhängig fühlen.

Die Minister figurieren auf der Nomenklaturliste der Zentralkomitees, die mittleren Funktionäre auf jener der übrigen regionalen Komitees; die Liste des Komitees der Grundorganisation enthält solche Posten wie Abteilungsleiter im Betrieb, Meister usw.

Statt Gleichberechtigung gibt es also in der Partei eine beinahe an die Kasten erinnernde innere Hierarchie. Parteimitglieder haben Anspruch auf einen Posten, der auf jener Nomenklaturliste steht, auf welcher sie figurieren.

Für die Nomenklatur-Funktionäre gibt es keinen Bildungszensus, und das ist der Grund, weshalb das intellektuelle Niveau der Funktionäre meistens gering ist, trotzdem die auf 1000 Einwohner entfallende Zahl der Akademiker in der Sowjetunion äusserst hoch ist.

An der Spitze dieses Kastsystems stehen die 2000 obersten kommunistischen Funktionäre (vergleiche die Tabelle). Sie bilden die neue Aristokratie; etwa 1 Million Parteimitglieder — die Nomenklatur-Funktionäre — hingegen die höhere Schicht des neuen Adels. Das Monopol auf die Bekleidung führender Posten und eine strafrechtliche Sonderstellung gewährt der Parteimitgliedschaft viele Charakterzüge der Stände im Ständestaat, während das Monopolrecht des Staates auf die «grundlegenden Produktionsmittel» (Boden, Fabriken) mehr oder weniger dem Eigentumsmonopol des feudalen Adels auf den Boden entspricht, da die «grundlegenden Produktionsmittel» praktisch ausschliesslich die Domäne der Partei sind.



Kulturelle Unterstützung bei den Nationalitäten (hier Schauspielhaus in der kasachischen Stadt Karaganda) bedeutet noch nicht Gleichheit auf Parteiebene.